

1.6. Rückzug Fehlanzeige

Jürgen Rose

„KRIEG BEDEUTET FRIEDEN
FREIHEIT IST SKLAVEREI
UNWISSENHEIT IST STÄRKE“

George Orwell, 1984

Fast zehn Jahre, nachdem US-Truppen unter Beteiligung deutscher Soldaten des Kommandos Spezialkräfte der Bundeswehr ohne explizites Mandat des einzig hierzu befugten Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, ergo völkerrechtswidrig¹, in Afghanistan eingefallen sind, um das dort amtierende Regime der Taleban zu stürzen, die verbündeten Kriegsfürsten der Nordallianz an die Macht zu bomben und das Land mit vorgehaltenem Colt der Segnungen der Globalisierung teilhaftig werden zu lassen, hat die Bundesregierung im Dezember 2010 erstmals eine Bestandsaufnahme der Auswirkungen und Ergebnisse der deutschen Beteiligung an dieser Form von Gewaltpolitik am Hindukusch vorgelegt. Mit dem „Fortschrittsbericht Afghanistan“² sollen Parlament und Öffentlichkeit umfassend über die aktuelle Lage in dem zentralasiatischen Land informiert werden. Auf den Punkt gebracht ergibt die Lektüre desselben, das es sich hierbei um ein Armutzeugnis, ein Dokument elementaren Versagens einer Politik handelt, die maßgeblich von der Vormacht der Nordatlantischen Allianz, den Vereinigten Staaten von Amerika nämlich, dominiert und determiniert wird. Besonders auffallen muß in diesem Zusammenhang der Umstand, dass die Begriffe Krieg und Besetzung ausschließlich mit der Afghanistanpolitik der Sowjetunion in den achtziger Jahren konnotiert werden, im Kontext der US- und NATO-Aktivitäten seit 2001 indes völlig ausgeblendet bleiben. Dessenungeachtet kann keinerlei Zweifel mehr daran bestehen, dass spätestens mit jenem Bombenmassaker³ im Kunduz River, das der Bundeswehroberst Georg Klein in der Nacht vom 4. September 2009 angeordnet hatte und bei dem nach letzten Recherchen 91



Jürgen Rose, geb. 1958,
Oberstleutnant a. D.,
Vorstandsmitglied des
Darmstädter Signals.
j-rose@t-online.de

- 1 Vgl. Paech, Norman: Unser Krieg am Hindukusch. Afghanistan und das Völkerrecht. In: Tal, Mario (Hrsg.): Umgangssprachlich: Krieg. Testfall Afghanistan und deutsche Politik, Köln 2010, S. 138ff.
- 2 Bundesregierung (Hrsg.): Fortschrittsbericht Afghanistan zur Unterrichtung des Deutschen Bundestages, Berlin, Dezember 2010. <http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/556428/publicationFile/131787/101213-AFG-Fortschrittsbericht.pdf;jsessionid=B23C5E86DAB2F407ED794DF7D61619E7>.
- 3 Vgl. Paech, Norman: Unser Krieg am Hindukusch, a. a. O., S. 137.

Menschen⁴ zerfetzt und verbrannt wurden, die Söhne und Enkel, die heutzutage in den Streitkräften der demokratischen Bundesrepublik Deutschland dienen, dort angekommen waren, wo ihre Väter und Großväter, welche die Uniform der großdeutschen Wehrmacht des Dritten Reiches trugen, dereinst aufgehört hatten: nämlich mitten im Krieg.⁵

Regime Change und Anti-Terrorkrieg

Neun Jahre nach dem völkerrechtswidrig mit Militärgewalt erzwungenen *Regime Change* ist das gesamte Land in insgesamt fünf Besatzungszonen⁶ – sogenannte *Regional Commands* – aufgeteilt, in denen wiederum 28 sogenannte *Provincial Reconstruction Teams* (PRTs) für Sicherheit und Wiederaufbau sorgen sollen. Mit dieser landesweiten Expansion des Tätigkeitsbereiches einhergegangen war eine fortschreitende Veränderung des Einsatzprofils der ISAF: von einer ursprünglich eher defensiven, reaktiven und stabilisierenden Vorgehensweise hin zu immer offensiveren und kriegerischen Taktiken, die vornehmlich auf die Bekämpfung und Vernichtung der sogenannten *Opposing Militant Forces* (OMF)⁷ abzielten, insbesondere seit die ISAF ihr Operationsgebiet ab Sommer 2006 in die Paschtunengebiete im Süden und Osten Afghanistans ausgedehnt hatte.

Trotz – oder gerade wegen – dieser Eskalation des von den NATO-Militärs mitunter unverhältnismäßig und ohne Rücksicht auf zivile Opfer geführten „Anti-Terrorkrieges“ ist die Lage in dem zentralasiatischen Land immer unsicherer geworden. Die steigende Opferzahl unter der Zivilbevölkerung treibt dem afghanischen Widerstand, der gegen die fremden Besatzer kämpft, in Massen neue Kämpfer zu. Laut dem Jahresbericht 2010 der

- 4 Vgl. Reuter, Christoph: Tanklaster-Angriff in Afghanistan: Entschädigung für die Kundus-Opfer steht. Fast ein Jahr ist der Angriff auf zwei Tanklaster in Kundus bereits her, 91 Menschen verloren damals ihr Leben. Jetzt erhalten die Angehörigen der Opfer nach stern.de-Informationen eine Entschädigung auf ungewöhnliche Weise. <http://www.stern.de/politik/ausland/tanklasterangriffinafghanistanentschaedigungfuerdiekundusopfersteht1590279.html>. Vgl. auch Peikar, Farhad/Mentschel, Stefan (dpa): Ein Jahr nach Kundus: „Es war eine Katastrophe“. Viele Angehörige der Opfer von Deutschland enttäuscht; 4. September 2010. <http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/14/0,3672,8107854,00.html>.
- 5 Dabei hatten jene Gründungsväter der Bundeswehr, die sich auf Geheiss Konrad Adenauers im Eifelkloster Himmerod eingefunden hatten, um die neuen deutschen Streitkräfte zu kopieren, das genaue Gegenteil im Sinn. Konstitutiv für den Auftrag der Bundeswehr nämlich sollte die Friedenssicherung durch Abschreckung und, notfalls, Verteidigung sein; vgl. hierzu Rose, Jürgen: Ernstfall Angriffskrieg. Frieden schaffen mit aller Gewalt? Hannover 2009, S. 76–83.
- 6 Vgl. Rüttig, Thomas: Die Wahlen unter Feuer nehmen. Afghanistan. 2009 wollen die Taliban Hamid Karzais unvollendete Demokratisierung definitiv beenden. Pakistan könnte dabei ungerührt zusehen. <http://www.freitag.de/2008/37/08370603.php>. Dort wird berichtet, dass in Kabul jetzt sogar das Parlament droht, die ausländischen Truppen offiziell als Okkupanten zu bezeichnen, nachdem die US-Bomben so viele Opfer hinterlassen wie seit Jahren nicht mehr.
- 7 Alternativ auch als „Anti-Government Elements“ (AGE) oder als „Armed Organized Groups“ (AOG) bezeichnet.

Menschenrechtsorganisation „Afghanistan Rights Monitor (ARM)“⁸ waren in diesem Zeitraum mindestens 2.421 Ziviltote und mehr als 3.270 Verletzte zu beklagen, d. h. täglich wurden 6-7 Nichtkombattanten getötet und 8-9 verwundet. 63 Prozent der Toten und 70 Prozent der Verletzten gehen auf das Konto des Widerstands, während 21 Prozent der Toten und 20 Prozent der Verletzten den Besatzungstruppen zugerechnet werden; immerhin 12 Prozent der Toten und 7 Prozent der Verletzten wurden von afghanischen Regierungstruppen und verbündeten lokalen Milizen verursacht.

„Engagement“ der USA

Selbst unter den „Schlachtendirektoren“, wie Kurt Tucholsky die Generalität zu titulieren pflegte, werden deswegen Skrupel laut. So sah sich der deutsche General Egon Ramms, bis September letzten Jahres Kommandeur des Allied Joint Force Command in Brunssum, zu dem galligen Kommentar veranlaßt: „Es kann keinen Selbstzweck geben, Dörfer zu bombardieren oder auf Zivilisten zu schießen [...] Wir sehen bisweilen Fehlentwicklungen, die weder gesundem Menschenverstand entsprechen noch rechtlich in Ordnung sind.“⁹ Zugleich gestaltet sich trotz der massiven Kampfeinsätze gegen die afghanischen Widerständler der Guerillakrieg am Hindukusch auch für die fremden Besatzungstruppen immer verlustreicher. Insgesamt beläuft sich die Zahl der seit Beginn des Krieges am Hindukusch Gefallenen in den Reihen der Besatzungstruppen bis dato auf über 2.300, wovon auf die Bundeswehr offiziell 49¹⁰ entfallen. Auf diese Weise nährt der Krieg sich selbst.

Doch völlig ungeachtet des Scheiterns sowohl der bisher verfolgten militärischen als auch der zivilen Strategien hat die NATO, allen voran die Führungsmacht USA, Abertausende weitere Soldaten und Soldatinnen als Kanonenfutter in den nunmehr über neun Jahre andauernden Krieg entsandt. Und obendrein den Kampfauftrag im fernen Zentralasien noch nach und nach ausgeweitet – „Mission Creep“ lautet der militärische Fachbegriff hierfür. Mittlerweile operieren US-Truppen immer ungenierter auch auf pakistanischem Territorium, da die pakistanische Armee angeblich

8 Afghanistan Rights Monitor (ed.): ARM Annual Report Civilian Casualties of War January-December 2010, Kabul, Afghanistan, February 2011, S. 2. <http://www.arm.org.af/file.php?id=4>.

9 Vgl. Löwenstein, Stephan: Unbequem. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. Februar 2009, S. 10. <http://www.kdg-wesel.de/index.php?id=2868>.

10 Vgl. o. A.: Fallen Heroes Afghanistan – German Military Fatalities since 2002. <http://oefkia.blogspot.com/2011/01/german-military-casualties-since-2002.html>. Wikipedia –The Free Encyclopedia: Coalition casualties in Afghanistan. http://en.wikipedia.org/wiki/Coalition_casualties_in_Afghanistan#German. Wikipedia –The Free Encyclopedia: German Armed Forces casualties in Afghanistan. http://en.wikipedia.org/wiki/German_Armed_Forces_casualties_in_Afghanistan.

nicht wirksam genug gegen die über die Grenze einsickernden Widerstandskämpfer vorgeht. Zudem greift die „Special Activities Division“ der CIA mit unbemannten, ferngesteuerten Drohnen vornehmlich Ziele in den von Paschtunen bewohnten pakistanischen Grenzgebieten an. Da für den Einsatz der unbemannten Flugkörper gegen Pakistan nicht das Militär, sondern der Geheimdienst zuständig ist, unterliegen die Angriffe keinerlei öffentlicher Kontrolle und Rechenschaft. Im Oktober 2009 monierte Philip Alston, der durch den UN-Flüchtlingshochkommissar mit einer Untersuchung beauftragt war, diesbezüglich: „[...] that the Central Intelligence Agency is running a programme that is killing a significant number of people, and there is absolutely no accountability in terms of the relevant international laws.“¹¹ Die angesehene US-Strafrechtsprofessorin Marjorie Cohn konstatierte hinsichtlich der Drohnenangriffe: „Vorsätzliche oder politische Morde finden auf Anordnung oder mit Billigung einer Regierung außerhalb jedes gerichtlichen Verfahrens statt.“¹² Dies verletze sowohl die Charta der UN als auch die Genfer Konventionen, die absichtliche Tötungen verbieten. So habe die UNO ausdrücklich erklärt: „Exekutionen ohne Gerichtsurteil sind unter keinen Umständen gerechtfertigt, auch nicht in Kriegszeiten.“¹³ Vorsätzliches Töten, so die Rechts-
 expertin, sei ein Kriegsverbrechen, das auch nach dem „US War Crime Act“ bestraft werden müsse.

Deutsche Involvierung

Betroffen ist aber auch die Bundesrepublik Deutschland mit ihren Strafermittlungs- und Verfolgungsbehörden, seit am Abend des 4. Oktober, unweit des pakistanischen Städtchens Mir Ali, eine von einer amerikanischen Drohne abgefeuerte Rakete den Deutsch-türken Bünyamin E. tötete, einen 20 Jahre alten Islamisten aus Wuppertal¹⁴. Er ist das erste bekannte Drohnenangriffopfer, das einen deutschen Paß besitzt. Der Hamburger Rechtsanwalt Sven Axel Dubitscher hat wegen dieses Mordes an einem deutschen Staatsbürger Mitte Oktober 2010 Strafanzeige gegen CIA-Direktor Leon Panetta gestellt. Darüber hinaus steht der Verdacht im Raum, dass Informationen deutscher Regierungsbehörden dem US-Militär

11 Vgl. Kostova, Bissera: Special Rapporteur on extrajudicial killings questions US use of drones. In: United Nations Radio. October 27, 2009. <http://www.unmultimedia.org/radio/english/detail/84609.html>.

12 Vgl. Schäfer, Horst: Es ist Mord, Mr. President, in: *Ossietzky*, 3/2010, S. 85. <http://www.sopos.org/aufsaeetze/4b752b2b47303/1.phtml>.

13 Ebenda.

14 Vgl. zum Folgenden Denso, Christian: Bünyamins Tod. Ein deutscher Islamist wird in Pakistan Opfer einer US-Drohne – und niemand ermittelt. In: *Die Zeit*, Nr. 4, 20. Januar 2011, S. 7. <http://www.zeit.de/2011/04/Drohnen-Militaer-Pakistan>.

geholfen haben, Bünyamin E. im pakistanischen Grenzgebiet aufzuspüren, weshalb bei der Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe mittlerweile die Anzeige eines Richters am Oberlandesgericht Karlsruhe gegen Jörg Ziercke, den Präsidenten des Bundeskriminalamts (BKA), vorliegt. Der Richter Thomas Schulte-Kellinghaus wirft Ziercke im Fall Bünyamin E. Beihilfe zum Mord wegen der Weitergabe von Informationen vor. Bundesanwälte prüfen auch diesen Vorgang, das Ergebnis ist offen.

Ferngesteuerter Krieg

Unter der Ägide von US-Präsident Obama wurde der ferngesteuerte Krieg dramatisch eskaliert und gemäß seiner Ankündigung vom Dezember 2009 noch erheblich ausgeweitet.¹⁵ Durch diese Eskalation droht der Krieg am Hindukusch Pakistan und die gesamte Region weiter zu destabilisieren. Ignoriert wird die Erkenntnis des für den Massenmord an vietnamesischen und kambodschanischen Zivilisten verantwortlichen Völkerrechtsverbrechers Henry Kissinger, der zum Vietnam-Desaster konstatiert hatte: „Die Armee verliert, solange sie nicht gewinnt, die Guerilla aber gewinnt, solange sie nicht verliert.“ Ein hochrangiger Taliban-Kommandeur hat seine Kampfesphilosophie in die Worte gefaßt: „You Westerners have your watches. But we Taliban have time.“¹⁶ Höchst einprägsam erweist sich mithin die Einfalt der regierungsamtlich proklamierten Parole, Deutschland werde am Hindukusch verteidigt.

Angesichts dessen stellt sich immer drängender die Frage nach dem Sinn der deutschen Militärpräsenz am Hindukusch. Doch steht ein baldiger Rückzug aus dem aller militärischen Expertise nach aussichtslosen Guerillakrieg weiterhin nicht zur Debatte. Doch dass es sich bei einem Abzug freilich keineswegs, wie immer wieder gebetsmühlenhaft proklamiert, um einen nationalen Alleingang handeln würde, zeigen die Niederlande, die ihr Streitkräftekontingent bereits 2010 nahezu komplett abgezogen haben. Auch Polen hat den baldigen Abzug seiner Truppen angekündigt. Doch für die Bundesregierung ist das Thema weiterhin tabu. Und auch der hochgeschätzte *Elder Statesman* Helmut Schmidt stellt zwar kategorisch fest: „Dieser Krieg ist nicht zu gewinnen“, um daran jedoch statt der zwingenden Forderung, dieses aussichtslose Schlachten unverzüglich zu beenden und die deutschen Soldaten

15 Vgl. o.A. (AFP/dpa/jm): Washington zweifelt am Sinn eigener Drohnenangriffe. In: Welt Online, 21. Februar 2011. <http://www.welt.de/politik/ausland/article12604013/Washington-zweifelt-am-Sinn-eigener-Drohnenangriffe.html>.

16 Rosen, Nir: How We Lost the War We Won, in: Rolling Stone, Issue 1064 – October 30, 2008. http://www.rollingstone.com/news/story/23612315/how_we_lost_the_war_we_won.

heimzuholen, sein Postulat zu knüpfen: „Aber einen Abzug aus Afghanistan kann es nur mit den Amerikanern geben“, denn: „Deutschland darf sich nicht isolieren.“¹⁷

Abzug nicht in Sicht

Exakt unter dieser Prämisse sind die vagen Ankündigungen der Bundesregierung hinsichtlich einer möglicherweise – „wenn die Lage es erlaubt“ – in diesem Jahr beginnenden Verringerung der deutschen Kampftruppen am Hindukusch zu bewerten.¹⁸ Im jüngsten Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am ISAF-Einsatz in Afghanistan heißt es im Hinblick auf den sogenannten „Inteqal-Prozeß“ wörtlich: „Der mit der Summe dieser Maßnahmen mögliche Beginn der Übergabe in Verantwortung ist nicht gleichzusetzen mit dem Abzug der internationalen Sicherheitskräfte, er erlaubt allenfalls deren allmähliche Verringerung in bestimmten Bereichen [...] Erst wenn die afghanischen Kräfte die Sicherheitslage tatsächlich beherrschen können, wird abhängig vom Erfolg der Übergabe eine Reduzierung der internationalen Präsenz möglich. Diese ‚Übergabedividende‘ soll zunächst in die Vorbereitung noch nicht übergabereifer Gebiete im Verantwortungsbereich der jeweiligen Führungsnationen reinvestiert werden, um damit die Lageentwicklung dort zielgerichtet zu beeinflussen.“¹⁹ Im Klartext heißt das, dass vor jedem Abzug von Kräften der Bundeswehr diese zunächst in jene Gegenden Afghanistan verlegt werden sollen, in denen noch kein befriedigender Sicherheitsstatus erreicht worden ist, um dort den afghanischen Widerstand niederzukämpfen. Damit hält sich die Bundesregierung strikt an die von NATO-Generalsekretär Anders Fog Rasmussen verkündete Marschrichtung, der im Sommer 2010 auf der Friedenskonferenz in Kabul hatte verlauten lassen: „Our mission will end when – but only when – the Afghans are able to maintain security on their own [...] transition will be based on conditions, not calendars.“²⁰ Es darf also auch

17 Schmidt, Helmut: Dieser Krieg ist nicht zu gewinnen. Aber einen Abzug aus Afghanistan kann es nur mit den Amerikanern geben. Deutschland darf sich nicht isolieren. In: Die Zeit, Nr. 5, 28. Januar 2010, S. 3.

18 Vgl. Winkelmann, Ulrike: Trügerische Zahlen. Afghanistan. Es klingt so deutlich: Beginn des Abzugs im Jahr 2011, Ende des Einsatzes 2014. In Wirklichkeit ist vieles offen. In: Der Freitag, Nr. 50, 16. Dezember 2010, S. 5.

19 Deutscher Bundestag (Hrsg.): Antrag der Bundesregierung Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolutionen 1386 (2001) und folgender Resolutionen, zuletzt Resolution 1943 (2010) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, Drucksache 17/4402 13. 01. 2011, Berlin 2011, S. 5f. <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/044/1704402.pdf>.

20 Rasmussen, Anders Fog: Speech by NATO Secretary General Anders Fogh Rasmussen at the Kabul Conference, 19 July 2010. http://www.nato.int/cps/en/natolive/opinions_65024.htm.

die nächsten Jahre mit deutscher Beteiligung weiterhin gründlich krepieri²¹ und tüchtig gemordet²² werden am fernen Hindukusch.

„Sieg“ nicht in Sicht

Dabei verweisen selbst konservative und extrem NATO-loyale Analysten, wie der schon genannte Lothar Rühl darauf, dass keinerlei militärische Siegaussichten existieren und dass folglich „der strategische Rückzug der internationalen Truppen aus Afghanistan in den nächsten Jahren unvermeidlich ist.“²³ In exakt dieser Einsicht dürfte auch der Grund dafür liegen, dass Hamid Karzai zu Ostern 2010 auf deutliche Distanz zu seinen westlichen Verbündeten gegangen ist, als er deren Truppen als „Eindringlinge“ bezeichnete und davor warnte, dass die „Einmischung des Westens [...] dazu führen [könne] [...] dass die afghanische Bevölkerung die Taliban als eine legitime ‚nationale Widerstandsbewegung‘ betrachte.“²⁴ Vieles spricht dafür, dass der afghanische Präsident versucht, sich mit den Mächtigen von Morgen arrangieren, wenn er seinen amerikanischen Schutzherren Mitwirkung am Wahlbetrug vorhält und ihnen gleichzeitig vorwirft, seine Bemühungen, mit den Taleban Frieden zu schließen, zu sabotieren, zudem drohte, Offensiven der internationalen Truppen gegen die Aufständischen im Süden seines Landes zu blockieren und sogar wortwörtlich warnte: „Wenn ihr und die internationale Gemeinschaft noch mehr Druck auf mich ausübt, dann schließe ich mich, ich schwöre es, den Taliban an!“²⁵

Reinfall Afghanistan-Strategie

Betrachtet man indes die im vergangenen Jahr zunächst mit Verve verkündete modifizierte Afghanistan-Strategie der NATO sowie die im Laufe diverser Konferenzen gefassten Beschlüsse zum sogenannten Übergabe-Prozess, so spricht eher wenig dafür, dass am Hindukusch nunmehr die große Wende zum Guten bevorsteht.

- 21 Die auf dem Schlachtfeld jämmerlich verreckten Handwerker des Krieges, umrankt von heuchlerischen Phrasen um Ehre und Heldentod, zu „Gefallenen“ zu stilisieren, charakterisierte schon immer den zynischen Euphemismus derer, die mitunter gar Horaz – „dulce et decorum est pro patria mori“ – im Original(!) lesend, andere zum Töten und zum Sterben auf die Schlachtfelder schicken.
- 22 Ignaz Wrobel, alias Kurt Tucholsky, schreibt in der Weltbühnevom 9. Februar 1932 über einen Brief seines Vaters Alex, in dem zu lesen ist: „Krieg heißt doch schließlich auf Deutsch privilegierter Mord.“ Vgl. Soldenhoff, Richard von (Hrsg.): Kurt Tucholsky. Unser Militär! Schriften gegen Krieg und Militarismus, Frankfurt am Main 1982, S. 457.
- 23 Rühl, Lothar: Ohne gute Optionen. Die Schwierigkeiten einer Konfliktbeendigung in Afghanistan. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 17, 21. Januar 2010, S. 10. http://faz.gbi.de/webcgi?START=A60&DOKV_DB=faz&DOKV_NO=FD1201001212561469&DOKV_HS=0&ZG_PORTAL=FAZ_A-Z.
- 24 Nass, Matthias: Ein schöner Freund. Sterben für Afghanistan? Wer kann das von unseren Soldaten verlangen, wenn sich Kabuls Präsident vom Westen absetzt? In: Die Zeit, Nr. 15, 8. April 2010, S. 1. <http://www.zeit.de/2010/15/01-Bundeswehr-Afghanistan>.
- 25 Vgl. Ebenda.

Erstens lässt der in Oslo gekürte Friedensfürst Obama die aus fernab des Kriegsschauplatzes in den USA gelegenen, unangreifbaren Gefechtsständen gesteuerten feigen und verheerenden US-Drohnenangriffe der CIA auf Pakistan, denen unbeteiligte Zivilisten in großer Zahl zum Opfer fallen, mit gesteigerter Intensität fortführen.

Zweitens bedeuten die vollmundig erteilten Zusagen für mehr finanzielle Hilfen für den zivilen Aufbau noch längst nicht, dass die Mittel auch wirklich fließen werden oder überhaupt in sinnvolle und erfolgversprechende Entwicklungsprojekte investiert werden können, solange die westlichen Besatzungsmächte unbeirrt ihren unsinnigen „Krieg gegen den Terror“ weiterführen.²⁶ Zudem wird auch durch die jüngsten Entscheidungen die deutliche Schiefelage zwischen dem Ressourcenaufwand für den militärischen und den zivilen Sektor nicht durchgreifend korrigiert.²⁷

Drittens bleibt die unhaltbare strategische Zwangslage, in der Pakistan sich zwischen Afghanistan im Westen und Indien im Osten gefangen sieht, bestehen. Dieses „Sandwich-Dilemma“ resultiert aus dem existenziellen Konflikt, in dem sich das Land seit seiner Gründung mit der nuklearen Großmacht Indien befindet und dessen sichtbarster Ausdruck der in drei Kriegen ausgetragene, indes weiterhin ungelöst schwelende Streit um Kaschmir bildet. Aus Sicht der pakistanischen Generalität, die ihr Land ohnehin an seiner „Ostfront“ einer permanenten Bedrohung ausgesetzt sieht, muss das in den letzten Jahren intensivierte indische Engagement in Afghanistan alarmierend wirken. Dort, sozusagen im Rücken Pakistans, spannte Indien nämlich nicht nur ein Netzwerk von Residenzen seines Geheimdienstes RAW²⁸, von wo aus unter anderem separatistische Aufständische in der pakistanischen Provinz Belutschistan unterstützt und Angriffe

26 So merkt die deutsche Afghanistanexpertin Citha Maaß von der Stiftung Wissenschaft und Politik (swp) im Hinblick auf den verstärkten Zufluss ziviler Hilfsgelder an: „Nein, ich bin dagegen, dass die zivile Hilfe derart hochgefahren wird. Wir haben längst das Problem, dass die Mittel nicht mehr gesteuert, sondern in die falschen Taschen abfließen und die Korruption eher noch verstärken“; vgl. *Winkelmann, Ulrike*: „Die deutsche Hilfe wird nicht gebraucht“. Afghanistaneseinsatz. Die Regierungsberaterin Citha Maaß meint, dass es für die Deutschen in Afghanistan nichts mehr zu tun gibt, weder militärisch noch zivil. In: Die tageszeitung, 17. März 2010. <http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=sw&dig=2010%2F03%2F17%2Fa0002&cHash=1642d88bfd>.

27 Nach Angaben der Bundesregierung werden sich die einsatzbedingten Zusatzausgaben für die Fortsetzung der deutschen Beteiligung am Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) sich für den Zeitraum 1. März 2011 bis 31. Januar 2012 auf insgesamt 1,0609 Mrd. Euro belaufen, während die Mittel für Wiederaufbau und Entwicklung in Afghanistan weniger als die Hälfte, nämlich jährlich 430 Mio. Euro bis zum Jahr 2013, betragen; vgl. Deutscher Bundestag (Hrsg.): Antrag der Bundesregierung Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan, a.a.O., S. 4 und 6. <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/044/1704402.pdf>.

28 Offiziell werden diese als „Konsulate“ und „Information Center“ bezeichnet; vgl. hierzu *Chaudhry, Kiren Aziz*: Dis(re)membering 'pā-ki-'stān'. In: Informed Comment, Berkeley, University of California, January 18, 2010. <http://www.juancole.com/2010/04/chaudhry-disremembering-pa-ki-'stan.html>.

auf Ziele in Pakistan gesteuert werden, sondern es lässt seine Militärberater auch die afghanischen Streitkräfte (ANA) ausbilden und investiert darüber hinaus bemerkenswerte Summen in den Wiederaufbau und die Entwicklung des zentralasiatischen Landes. Zu diesem Behufe kooperiert es vornehmlich mit jenen Kräften der Nordallianz, welche die USA 2001 an die Macht gebombt und dabei zugleich das vom pakistanischen Geheimdienst ISI und dem Militär unterstützte paschtunische Taliban-Regime, das als Sachwalter der strategischen Interessen Pakistans fungierte, beseitigt hatten. Es vermag daher nicht zu verwundern, dass Islamabad das zunehmend mit Indien verbündete Regime in Kabul mit dem Aufbau einer „Westfront“ assoziiert. Die daraus entspringende erstrangige Bedrohung seiner strategischen Interessen hat dann zu Konsequenz, dass der Geheimdienst ISI getreu der Devise „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“ nach Kräften den afghanischen Widerstand unterstützt. Dieser Widerstand, gebildet vorwiegend aus den Taliban, dem Haqqani-Netzwerk und den Kämpfern Gulbuddin Hekmatyars, rekrutiert sich vor allem aus den beiderseits der afghanisch-pakistanischen Grenze²⁹ beheimateten Paschtunen. Aus Sicht der pakistanischen Militärs besteht das Fatale dieser Konstellation darin, dass sie einerseits den Kampf der afghanischen Widerständler gegen die internationalen Besatzungstruppen unterstützen müssen, damit in Kabul wieder jene Kräfte an die Macht gelangen können, die für ein Bündnis gegen Indien taugen.³⁰

29 Die 2.640 Kilometer lange Grenze zwischen Afghanistan und Pakistan stellt in diesem Kontext ein besonderes Problem dar, weil sie mitten durch den Lebensraum von 40 Millionen Paschtunen verläuft, die entlang dieser Linie in 65 Stämmen leben. Tagtäglich wird diese Grenze von etwa 200.000 dieser Menschen überquert (The News International, 26. Februar 2009). Völkerrechtlich betrachtet existiert sie seit 1992 eigentlich nicht mehr, denn sie basiert auf der sogenannten „Durand-Line“, die in einer anno 1893 zwischen dem russischen Zarenreich und dem British Empire geschlossenen Vereinbarung für eine Dauer von 99 Jahren festgelegt worden war. Mehr und mehr entwickelt sich somit der sogenannte Anti-Terror-Kampf von ISAF und OEF im Süden und Osten Afghanistans zu einem klassischen Kolonialkrieg gegen das Freiheitsstreben des paschtunischen Volkes.

30 Der ehemalige ISI-Chef Generalleutnant Asad M. Durrani gab in diesem Kontext zu Protokoll: „Natürlich versucht man, mit allen Kräften des Widerstandes und insbesondere den Taliban, seit diese 1995 in Afghanistan an die Macht gekommen waren, Kontakt zu halten. Zweitens aber wäre ich persönlich sehr dankbar dafür, wenn der ISI den afghanischen Widerstand unterstützen würde. Denn nur, wenn der afghanische Widerstand – die sogenannten Neuen Taliban, das sind nicht die »Mullah-Omar-Taliban« – stark genug bleibt, nur dann existiert eine Möglichkeit, dass sich die fremden Truppen aus Afghanistan zurückziehen; andernfalls bleiben sie dort [...] Auch wenn das seit 2001 nicht mehr der offiziellen Haltung der pakistanische Regierung entspricht, so führen die Taliban in Afghanistan, die gegen die Besatzung Selbstverteidigung üben, meiner Meinung nach unseren Krieg, und zwar in dem Sinne, dass, wenn sie Erfolg haben, die fremden Truppen abziehen. Wenn sie aber scheitern und wenn Afghanistan unter Fremdherrschaft bleibt, werden wir weiter Probleme haben. Zweitens: Wenn sich die NATO, die stärkste Militärmacht der Welt, wegen ökonomischer und geopolitischer Interessen – denken Sie an das sogenannte New Great Game – praktisch an der pakistanischen Grenze festsetzt, dann erzeugt das in Pakistan enormes Unbehagen“; Rose, Jürgen (Interviewer): „Die Besatzer sind Teil des Problems“. Nüchterne Bestandsaufnahme in Pakistan: Erst wenn die Taliban stark genug sind, werden die fremden Truppen aus Afghanistan abziehen. Ein Gespräch mit Asad M. Durrani. In: *Junge Welt*, 10. September 2009, S. 3. <http://www.jungewelt.de/2009/09-10/021.php>.

Dies setzt indes zwingend den Abzug der fremden Besatzer voraus. Andererseits jedoch sieht sich Pakistan, um noch umfassendere militärische Interventionen der US-Streitkräfte auf pakistanischem Territorium zu verhindern, als sie Drohnenkrieg und Kommandoaktionen der Special Forces derzeit ohnehin schon darstellen, sowie als Verbündeter der USA im sogenannten „Krieg gegen den Terror“ gezwungen, immer wieder auch selbst militärisch gegen die Aufständischen vorzugehen.

Menetekel von Saigon

Dieses Konfliktgemenge bietet die tödliche Gewähr dafür, dass der Krieg am Hindukusch solange weitertoben wird, wie die westlichen Besatzungstruppen im Lande bleiben und der existenzielle pakistanisch-indische Konflikt nicht gelöst wird.

Und schließlich sollte ein Blick zurück in die Geschichte alle bellizistischen Schönfärber Lügen strafen. Denn schon Anfang der siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts ist in Südvietnam grundlegend mißlungen, was nun erneut am Hindukusch versucht werden soll. Die Ausbildung von kampfkraftigen und vor allem auch zum Kampf motivierten einheimischen Streitkräften durch ausländische Militärinstruktoren unter den Bedingungen des Krieges ist dortzulande ebenso kläglich gescheitert wie das parallel dazu betriebene Nation Building á la USA. Das Menetekel von Saigon sollte nicht nur dem als „Bürgermeister von Kabul“ apostrophierten Hamid Karzai, sondern auch allen siegerpichteten politischen Maulhelden und Militärschranzen der NATO eindringliche Warnung sein. ☹

